



Eine Sitzung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Hinter dem Redner, etwas erhöht, der Präsident und die Schriftführer, auf der Galerie Zuhörer.

Bernhard Mann Die ersten «Reichstagswahlen» in Württemberg – April 1848

Drei Tage lang war gewählt worden, keine drei Wochen Wahlkampf gewesen, die Verordnung, in der die Modalitäten der Wahl festgesetzt wurden, keine vierzehn Tage vor dem ersten Wahltag erlassen und veröffentlicht worden. Die Württemberger, die vom 25. bis zum 27. April, Dienstag bis Donnerstag nach Ostern 1848, 28 Abgeordnete zur ersten deutschen Nationalversammlung wählten, haben trotz der Kürze der Zeit Männer nach Frankfurt geschickt, mit denen sie Ehre einlegten. Zwei waren derzeit immerhin amtierende Minister in Stuttgart, drei andere werden wenige Wochen später dem ersten «Reichsministerium» als Minister oder Staatssekretäre angehören, und fast alle waren schon vor 1848 über die Landesgrenzen hinaus bekannt – oder wurden es alsbald.

Da waren die «Veteranen des vormärzlichen Liberalismus»: Friedrich Römer, der neue Premierminister, sein Schwiegervater Albert Schott, Römers ebenfalls noch «junger» Ministerkollege Paul Pfizer, der Politiker und Dichter Ludwig Uhland, die Anwälte Carl August Fetzer, Friedrich Rödinger, Gottlob Tafel, und der in Calw gewählte Badener Karl Mathy, dem seine radikaler gewordenen Landsleute ein Mandat verweigert hatten. Da waren die Professoren Friedrich Theodor Vischer und Johannes Fallati (Tübingen), Wilhelm Zimmermann und Christian Frisch (Stuttgart), Konrad Dietrich Haßler (Ulm), Robert Mohl (Heidelberg), August Friedrich Gfrörer (Freiburg im Breisgau), Christian Friedrich Wurm (Hamburg) und Carl Friedrich Rheinwald (Bern). Neben ihnen einige, die sich nur in Würt-



Robert von Mohl (1799–1875), Professor der Staatswissenschaften in Tübingen und seit 1847 in Heidelberg, 1848/49 Mitglied der Nationalversammlung für den Wahlbezirk Mergentheim, von August 1848 bis Mai 1849 Reichsminister der Justiz und als solcher Zielscheibe der Karikaturisten, hier im «Eulenspiegel».

temberg oder einem Teil des Landes Verdienste und Ansehen erworben hatten, auch bisher so gut wie Unbekannte: der junge Regierungsrat Adolf Schoder etwa, der in Frankfurt zum Führer der «linken Mitte» und später in Stuttgart Parlamentspräsident werden wird, Gustav Rümelin, der spätere Kultminister, Konstantin Fürst Waldburg-Zeil und der einzige wirkliche Handwerker in der Paulskirche, Schlossermeister Ferdinand Nägele in Murrhardt.

Im Königreich Württemberg 28 Wahlkreise

Anders als 150 Jahre später hätte niemand wagen können, dieses Wahlergebnis auch nur annähernd vorauszusagen. Nicht nur die Stärke der Parteien war unbekannt, Parteien wären noch zwei Monate vor der Wahl überhaupt illegal gewesen. Und die dann seit Ende März gegründeten «Vaterländischen Vereine» sind in dieser kurzen Zeit nicht wirklich zur politischen Partei herangewachsen. Das Wählen hatten die Württemberger zwar schon seit mehr als dreißig Jahren in den Landtagswahlen lernen und üben können. Aber was dafür an Organisation in den einzelnen «Oberämtern» (den Vorgängern un-

serer Landkreise), die zugleich Wahlkreise waren, aufgebaut worden und gewachsen war, das hatte die Regierung mit ihrer Wahlverordnung vom 10./11. April 1848 so gut wie entwertet.

Den vom «Bundestag» Anfang April nur noch abgesegneten Auftrag des Frankfurter «Vorparlaments» an die Länder, so gut es nur gehen mochte, demokratische Wahlen zu organisieren, hatten die Beamten des Stuttgarter Innenministeriums in kürzester Zeit sehr loyal und im Sinne des liberalen Ideals der Chancengleichheit erfüllt: die Einwohnerzahlen der 28 Wahlkreise des Landes wichen von ihrem statistischen Mittel (knapp 63 000) nirgends auch nur drei Prozent nach oben oder unten ab. Andere Länder nahmen das weit weniger genau. In der Steiermark etwa hatte der kleinste Wahlkreis 38 075, der größte 85 548 Einwohner, in der preußischen Rheinprovinz waren es zwischen 68 000 und 89 000. Die württembergische Korrektheit hatte ihren Preis: um die Größe der Kreise auszutarieren, mußte man zwei oder drei Oberämter ganz oder teilweise zu neuen Wahlbezirken verbinden, in einem Fall selbst die Grenzen der Regierungsbezirke («Kreise») ignorieren. Man beraubte damit – offenbar ohne sich viele Gedanken darüber zu machen – die politischen «Macher» der einzel-





Wilhelm Zimmermann (1807–1878), 1847–1851 Professor am Stuttgarter Polytechnikum, Geschichtsschreiber des «Bauernkriegs», 1848/49 Mitglied der Nationalversammlung für den Wahlbezirk Schwäbisch Hall.

nen Oberämter und Oberamtsstädte, die bisher die Wähler geführt hatten, ein gutes Stück weit ihres Einflusses.

Republik oder Monarchie samt Parlament?

Die Ausdehnung des aktiven Wahlrechts auf «alle» erwachsenen Männer (verglichen mit den Wahlberechtigten im Kaiserreich waren das nur 80 bis 90 Prozent), vielleicht noch mehr die geheime Stimmabgabe, vor allem aber eine fast unvorstellbar starke Politisierung und manchmal auch Polarisierung des «Volkes» machten jede Prognose zum Glücksspiel; sicher war nur, daß natürlich auch Württemberg dabei sein würde. Unstrittig war auch, daß Deutschland einig, frei und stark werden sollte nach innen und außen. Gestritten wurde, wie das geschehen und organisiert werden sollte. Es ging auch, aber nicht allein um die Frage, ob das zu gründende Deutsche Reich eine Republik oder eine «konstitutionelle Monarchie» werden sollte. Wie demokratisch oder gar «social-demokratisch» der Staat sein sollte, hing mit der Staatsform ein Stück weit zusammen. Vor allem prallten kirchlich-religiöse Gegensätze, die immer auch ihre politische Seite hatten, aufeinander. Dabei waren sich Evangelische und Katholiken manchmal näher als aufklä-

rerisch-liberale Katholiken und «Ultramontane» oder als liberale evangelische «Hegelianer» einerseits, Orthodoxe oder Pietisten andererseits. Soziale Gegensätze wurden oft von kirchlich-religiösen überlagert: die «Pietisten», in der Mehrzahl «kleine Leute», die sonst etwas gegen «die Herren» hatten, traten jetzt für das *Königtum von Gottesgnaden* ein; in Stuttgart waren die Weingärtner die kräftigste Streitmacht der Konservativen.

Alles in allem war das Land wohl überhaupt konservativer, als das Wahlergebnis suggeriert. Radikaler waren einzelne Reichsstädte, war Tübingen, aber gerade in Tübingen hatte das keine Auswirkung auf das Wahlergebnis, weil im Wahlkreis Tübingen-Rottenburg Ludwig Uhland ohne Gegenkandidat gewählt wurde.

Damit sind wir schon bei den «Vorwahlen», in denen das Endergebnis wenigstens ein Stück weit vorentschieden wurde. Sie mußten für alle 28 Wahlkreise gesondert betrachtet werden, weil die selbsternannte Zentrale, der Ausschuß des «Vaterländischen Hauptvereins» in Stuttgart, kaum mehr war als eine Art Nachrichtenbörse und Stellenvermittlung, wenn ein Bezirk wirklich selbst keinen Kandidaten finden oder sich auf keinen einigen konnte.



Karikatur in der konservativen Zeitschrift «Die Laterne», Stuttgart: Eine Hyäne mit dem Kopf von Wilhelm Zimmermann auf der Grabplatte von General Auerswald, der wie Fürst Lichnowsky beim Frankfurter Straßenaufstand am 18. September 1848 ermordet wurde.

Bekanntmachung, betr. die Wahlen zur National- Versammlung.

(645) Nachstehender Erlaß des K. Wahl-
Commissärs an die unterzeichnete Stelle
wird hiemit zur Darnachachtung bekannt-
gemacht.

Stadtschultheißenamt.

Sch u ß e r.

Dem Stadtschultheißenamt dahier wird
die Nachricht ertheilt, daß die Wahl des
Abgeordneten zur deutschen National-
Versammlung in hiesiger Stadt auf fol-
gende Weise vorgenommen werden wird.

Es erscheinen: die Einwohner von
Lit. A

Dienstag, den 25. d. Mts.

Morgens 7 Uhr Häuser Nr. 1 bis 120,
8 " " " 121 " 240,
9 " " " 241 " 360,
10 " " " 361 bis ans Ende.

Die Einwohner von **Lit. B** er-
scheinen

am Dienstag, den 25. d. Mts.

Morgens 11 Uhr von Nr. 1 bis 120,
Nachmittags 2 " " " 121 " 240,
3 " " " 241 bis ans Ende.

Die Einwohner von **Lit. C** er-
scheinen

am Dienstag, den 25. d. Mts.

Nachmittags 4 Uhr von Nr. 1 bis 120,
5 " " " 121 " 240,
6 " " " 240 bis ans Ende.

Die Einwohner von **Lit. D** er-
scheinen

am Mittwoch, den 26. d. Mts.

Morgens 7 Uhr von Nr. 1 bis 120,
8 " " " 121 " 240,
9 " " " 241 " 360,
10 " " " 361 bis ans Ende.

Die Einwohner der Gräben er-
scheinen

am Mittwoch, den 26. d. Mts.

Morgens 11 Uhr von Nr. 1 bis ans Ende.

Die Einwohner vor den Thoren,
sowie von den Parzellen Durlingen,
Böfingen, Nubethal, Oberthalsin-
gen erscheinen

am Mittwoch den 26. d. Mts.

Nachmittags 3 Uhr.

Das katholische Oberschwaben, aber auch der frän-
kische Nordosten des Königreichs wollten sich oh-
nehin von den Herren in Stuttgart möglichst wenig
bevormunden lassen und organisierten ihre Wahlen
sehr bewußt selbst.

Wichtigste Aufgabe der überall stark besuchten
«Wählerversammlungen» – großer Volksversamm-
lungen unter freiem Himmel oder in den größten
Sälen, auch Kirchen – war offenbar, sich auf einen
Kandidaten zu einigen, mit dem man selbst und
das Land in Frankfurt Ehre einlegen könnte. Lud-
wig Uhland, Paul Pfizer oder Friedrich Römer kei-
nen Gegenkandidaten entgegenzustellen war des-
halb keine Frage. Sie konnten sich sogar leisten, auf
diesen Volksversammlungen gar nicht aufzutreten,
weil ihre Fürsprecher – «Parteien» sind eigentlich
nirgendwo zu erkennen – ohne weiteres Zustim-
mung für sie fanden. Einer von den Prominenten,
Friedrich Rödinger, wurde gar von zwei Bezirken
gleichzeitig gewählt, so daß in einem eine Neuwahl
nötig wurde. In den übrigen Wahlbezirken stellten
sich in der Regel die Bewerber mit einem politischen
Glaubensbekenntnis selbst vor, auf das hin sich die
versammelten Wähler auf «ihren» Kandidaten zu
einigen versuchten – was dann oft nicht gelang, zu-
mal, wenn auch das kirchliche Glaubensbekenntnis
in Frage stand.

Wählen als Volksfest,

Wahl als demokratische Legitimierung

Auch das Wählen selbst, obwohl mit Stimmzettel
geheim, war dann «Bekenntnis». Daß ganze Dörfer,
sogar größere Stimmbezirke geschlossen für
«ihren» Kandidaten stimmten, war keine Selten-
heit. Die Organisation der Abstimmung dürfte das
noch befördert haben. In den wenigen Abstim-
mungsorten – in jedem Wahlkreis drei bis fünf! –
waren für die einzelnen Dörfer oder Stadtbezirke
bestimmte Termine, die zusammen meist drei volle
Tage in Anspruch nahmen, vorgeschrieben – wer
zu früh oder zu spät kam, wurde abgewiesen. Wie
hätte man in einer Zeit ohne Personalausweise die
Identität der Wähler anders prüfen können! So
marschierten denn alle Männer eines Dorfes, oft
hinter einer schwarz-rot-goldenen Fahne, gemein-
sam in die nächste Stadt, um ihre Stimme abzuge-
ben. Daß schon vor, aber auf jeden Fall nach dem
Wahlakt auch nach Kräften «gefeiert» wurde, ver-
steht sich: Wählen war Volksfest! Und Wählen war
Rückenstärkung des Gewählten, seine demokrati-
sche Legitimation vor der ganzen deutschen Na-
tion.

Nur so ist zu verstehen, daß ein Wahlleiter, als

Die «Bekanntmachung, betr. die Wahlen zur Nationalver-
sammlung» in Ulm zeigt, wie die «Terminwahl» technisch
funktionierte. Die Ulmer Häuser waren noch lange nicht nach
Straßen, sondern «viertelweise» durchnummeriert.



Konrad Dietrich Haßler (1803–1873), Professor am Ulmer Gymnasium, 1848/49 Mitglied der Nationalversammlung für den Wahlbezirk Ulm und Herausgeber ihrer amtlichen Protokolle. Später der erste Landeskonservator im Königreich Württemberg.

schon am zweiten Tag feststand, daß einer der Bewerber nicht mehr einzuholen sein würde, beim Ministerium anfragte, ob er diese Tatsache nicht den noch ausstehenden Wählern bekanntgeben dürfe. Müsse man ihnen nicht das demütigende Gefühl ersparen, ihre Stimme für den unterlegenen Kandidaten – und damit «vergeblich» – abgegeben zu haben? Anders als heute waren ja die Stimmen für den Zweiten und Dritten tatsächlich wirkungslos; das reine Mehrheitswahlrecht sah keine Verrechnung über die Wahlkreisgrenzen hinaus vor.

*Württemberg in der Paulskirche:
eher links, aber nicht radikal*

Doch Einstimmigkeit und Harmonie war vielleicht das Ideal, aber selten Wirklichkeit. Es gab echte und manchmal sehr heftige Wahlkämpfe, die heftigsten dort, wo religiöse Fragen im Spiel waren. Der ehemalige Stifter und erklärte Feind der Pietisten Friedrich Theodor Vischer hatte im Wahlkreis Reutlingen/Münsingen gegen seinen pietistischen Gegner einen ebenso schweren Stand wie sein Freund, der aus dem Kirchendienst gedrängte «Gottseibe-

uns» David Friedrich Strauß in Ludwigsburg gegen den Sohn des Gründers von Korntal. Über den Wahlkampf im Gäu um Herrenberg, wo der Führer des württembergischen Pietismus und nachmalige Prälat Sixt Carl Kapff (vergeblich) kandidierte, wissen wir leider so gut wie nichts. Auch in Ulm, wo Professor Haßler gegen den sogar «landfremden» deutschkatholischen Prediger Albrecht schwer kämpfen mußte und nur durch die Stimmen des Umlands gewann, oder in Ravensburg, wo ein «linker» Kaplan einen prominenten katholischen Juristen hinter sich ließ, mögen solche Differenzen wichtig gewesen sein.

Wie unklar die Verhältnisse auch sonst noch waren, zeigen die Wahlen im Bezirk Schwäbisch Hall/Gaildorf. Dort standen sich der Historiker und Geschichtsschreiber des Bauernkriegs Wilhelm Zimmermann und der unglückliche Glasfabrikant und Demokratenführer Gottlieb Rau gegenüber, zwei «radikale Linke», die sich – wären sie beide gewählt



Friedrich Albrecht (1818–1890), Prediger der deutschkatholischen Gemeinde in Ulm, bei der Wahl zur Nationalversammlung 1848 dem Ulmer Professor Konrad Dietrich Haßler unterlegen.

worden – in Frankfurt aller Differenzen ungeachtet wohl der selben «linksradikalen» Fraktion «Donnersberg» angeschlossen hätten.

Aber welcher Fraktion sich «ihr» Abgeordneter in der Nationalversammlung anschließen würde, konnten die Wähler schon deshalb nicht wissen, weil die Fraktionen sich erst dort und erst nach und nach bildeten. Dem «Donnersberg» gehörten schließlich nur wenige Württemberger an – dort findet man mehr Badener, Sachsen, Pfälzer, Schlesier, auch Österreicher. Aber alles in allem fanden doch die meisten ihre politischen Freunde in der Paulskirche in den Clubs links von der Mitte. Nicht «rechts», aber auch nicht «radikal», das entsprach alter württembergischer Tradition. Hier ging man schon immer lieber vor Gericht als auf die Barrikade. Gegen Vorrechte und Bevorrechtigte hatte man seit langem viel – und stand eben deshalb auch und gerade dann noch zur Nationalversammlung und ihrem Werk, dem demokratischen Wahlrecht und den Grundrechten, als am 18. Juni 1849 eines ihrer Mitglieder, einer von denen, die am meisten für ihr Zustandekommen getan hatten, bis 1848 der Führer der Opposition und seitdem der leitende Minister Württembergs, Friedrich Römer, ihr weiteres Tagen in Stuttgart mit militärischer Gewalt unterbunden hatte. Damals wollten viele nicht wahrhaben, daß Römer damit Württemberg das Schicksal Badens ersparte, durch die Preußen «von der Revolution befreit» zu werden. Als man dann klarer sah, hat er doch wieder als ein Führer der Opposition und noch später als Parlamentspräsident seinem Land dienen können. In revolutionären Zeiten wie 1848/49 ist es nicht immer leicht, «rechts» und «links» zu unterscheiden.

Das demokratische Wahlrecht befördert die Parteien

Wahlen wie diese – in ganz Deutschland, von Flensburg bis Triest, von Aachen bis Prag und Wien, von Memel und Posen bis Bozen und darüber hinaus – hat es in Deutschland nie wieder gegeben, so viele bedeutende Männer wie 1848/49 sind niemals mehr in einem deutschen Parlament zusammengekommen. Trotzdem lassen sich die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung unschwer in die deutsche Wahlgeschichte des ganzen 19. Jahrhunderts einordnen. In vielem folgten die Wähler noch traditionellen, zum Teil schon in früheren Jahrhunderten gebildeten Mustern: es galt nicht so sehr, unter konkurrierenden Bewerbern (oder gar politischen Programmen) zu wählen, als vielmehr «den besten» Repräsentanten zu bestätigen und damit zu legitimieren –, der würde dann seine Wähler und

Stadtpost.		
* Wahlergebnis		
Stimmende:	Für Hrn. Prof. Haßler:	Für Hrn. Pf. Albrecht:
Ulm: 3669	1699	1872
Weidenstetten: 951	880	58
Langenau: 1207	794	265
Blaubeuren: 949	504	343
Merklingen: 699	524	115
Laupheim: 1106	978	8
Oberkirchberg: 541	539	1
	5918	2662
Als Ersatzmann erhielt Dr. Adam 2858, Bieß 1430, Schuster 1191.		

Die Veröffentlichung der Wahlergebnisse in der «Ulmer Schnellpost» vom 30. April 1848 zeigt einerseits die politische Polarisierung in den überwiegend evangelischen Abstammungsorten Ulm, Blaubeuren und Langenau, andererseits die einhellige Ablehnung des «Deutschkatholiken» Albrecht in den überwiegend katholischen Orten Laupheim und Oberkirchberg und ihrem Umland.

das ganze Volk schon richtig vertreten. «Das ganze Deutschland», «das große Vaterland» war wichtig, aber das eigene kleine auch. Und natürlich auch der eigene kleinste Kreis. In Frankfurt – wie nach 1866 in Berlin – sollte auch dessen Freiheit und Wohlstand gefördert, sollten die Rechte aller Württemberger gegen alle Feinde «drinnen und draußen» verteidigt werden. Neu, wenn auch nicht völlig neu, war das demokratische Wahlrecht, das mehr zur politischen Bildung und zur Organisation von Parteien beitrug als alles andere.

Die auf das «Scheitern der Revolution» folgenden Jahre sollten auch in Württemberg selbst immer wieder zeigen, daß sie keineswegs vergeblich gewesen war. Das Land war im Herbst 1849 ein anderes, als es im Frühjahr 1848 gewesen war, und alle späteren Versuche, die Uhren zurückzustellen, hielten die Zeit nicht auf.

LITERATUR:

- Manfred Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850. Düsseldorf 1977, bes. S. 141–163.
 Frank Eyck, Deutschlands große Hoffnung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. München 1973, bes. S. 77–126.
 Bernhard Mann, Die Württemberger und die deutsche Nationalversammlung 1848/49. Düsseldorf 1975, bes. S. 57–90.
 Bernhard Mann, Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung 1848 im Wahlkreis Hall-Gaildorf-Craillsheim. In: Württembergisch Franken 53 (1969), S. 109–122.
 Karl Obermann, Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung im Frühjahr 1848. Die Wahlvorgänge in den Staaten des Deutschen Bundes im Spiegel zeitgenössischer Quellen. (Ost-) Berlin 1987.
 Hartmut Weber, Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im Wahlbezirk Öhringen-Künzelsau, April 1848. In: Württembergisch Franken 53 (1969), S. 123–132.